

Demokratisierung durch Kulturtransfer: Frankreichs Kulturpolitik der frühen Nachkriegszeit in der Besetzungshauptstadt Baden-Baden

Hanna Möbs

Abstract: Die französische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg zeichnet sich durch ein Übermaß an kulturellen Initiativen aus – gerade im Vergleich mit anderen Besatzern. Auch wenn dies auf den ersten Blick ein sehr positives Licht auf Frankreich wirft, war der Fokus auf die Kultur ein zentraler Aspekt der französischen Umerziehungsmission in Deutschland. Um die Wirksamkeit dieser Initiativen objektiv zu beurteilen, wird zunächst ein Bewertungsschema erarbeitet, das anschließend auf konkrete Beispiele kultureller Institutionen in der Besetzungshauptstadt Baden-Baden angewendet wird.

Zur Person: Hanna Möbs studierte BA Deutsch-Französische Studien an den Universitäten Regensburg und Clermont-Ferrand. Der vorliegende Beitrag basiert auf ihrer Bachelorarbeit. Betreuer: Prof. Dr. Ralf Junkerjürgen.

Schlagwörter: Besatzungszeit; Kulturpolitik; Rééducation; Frankreich; Baden-Baden

„Rééduquer, c’est avant tout rétablir, puis maintenir des relations normales, sur le plan d’une culture jugée universelle, entre cette nation et ces voisins“¹, so formuliert der französische Germanist Edmond Vermeil (1949: 600) einen der Grundsätze der französischen Deutschlandpolitik der Nachkriegszeit. Besiegt, geteilt und in die Hände der Besatzer übergeben sah sich die deutsche Bevölkerung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges einer Reihe von Umerziehungsmaßnahmen ausgesetzt. Diese sollten dem nationalsozialistischen Gedankengut entgegenwirken und die Deutschen demokratisieren. Die Umsetzung dieser *rééducation* war zonenintern geregelt, wobei die französische

1 „Umerziehen bedeutet vorerst, auf Basis einer als universell angesehenen Kultur normale Beziehungen zwischen jener Nation und ihren Nachbarn wiederherzustellen und anschließend beizubehalten.“

Zone sich durch ihre kulturpolitischen Maßnahmen deutlich von den anderen Besatzungsmächten abhob.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der französischen Besatzungszeit begann erst im Jahre 1986, als die *Archives de l'Occupation Française en Allemagne* in Colmar geöffnet wurden (Martens, 1993: 6). Die Kulturpolitik und die *rééducation*, die heute die mit Abstand am besten erforschten Handlungsfelder der Besatzungspolitik sind (Zauner, 1994: 11), wurden anfangs vernachlässigt und als „Fassade“ (Hudemann, 1987: 27) abgetan, weil man annahm, dass diese nur über das in Deutschland vorherrschende Bild von Frankreich als besonders hartem und eigennützigem Besatzer (Zauner, 1994: 10) hinwegtäuschen sollten. Doch mit der vermehrten Einsicht in die Archive machte sich bald eine revisionistische Strömung breit, die vermehrt den Fokus auf „individuelle und gruppenspezifische Intentionen“ (Zauner, 1994: 10) legte und begann, die Hintergründe der Kulturpolitik aufzuarbeiten.

Auch wenn Kulturpolitik und *rééducation* inzwischen intensiv erforscht wurden, fehlt meistens eine Einschätzung der Leistungen dieser Initiativen. Da die Ergebnisse der Kulturpolitik oft nur in Aussagen von ehemals Beteiligten bewertet wurden, die von Stolz auf die vollbrachten Leistungen geprägt sind (Zauner, 1994: 11), ist es schwer, die tatsächliche Wirksamkeit der politischen Maßnahmen zu bewerten. Ziel dieses Beitrags ist es, dem Abhilfe zu schaffen, indem ein objektives Bewertungsschema entwickelt wird, das sich auf konkrete Beispiele kultureller Institutionen anwenden lässt.

Struktur und Aufgaben der französischen Besatzung

Im Februar 1945 fand in Anwesenheit der Staatschefs Churchill, Roosevelt und Stalin als Repräsentanten der alliierten Mächte im Zweiten Weltkrieg ein Gipfeltreffen in Jalta statt, um die Aufteilung Deutschlands nach dem Krieg und die Machtverteilung innerhalb Europas zu besprechen. Obgleich Frankreich von dieser Konferenz sowie auch anderen Treffen ausgeschlossen war, erfuhr es doch eine bedeutende Aufwertung, weil man sich auf britischen und amerikanischen Wunsch darauf einigte, Frankreich in die Besatzungspläne für Deutschland zu integrieren. Vor allem Churchill, der die Besatzung von Anfang an als eine langfristige Aufgabe ansah, baute auf Frankreichs Unterstützung im Falle eines frühzeitigen Abzugs der amerikanischen Truppen aus dem besetzten Deutschland (Wentker, 2015). So heißt es in einem Kommuniqué vom 11. Februar 1945: „Wir sind übereingekommen, daß Frankreich von den drei Mächten eingeladen werden soll, wenn es dies wünscht eine vierte Okkupationszone zu übernehmen und als 4. Mitglied der Kontrollkommission teilzunehmen.“ (*Die Jalta Dokumente*, 1957: 322 f.) Sowohl die Briten als auch die Amerikaner traten Teile ihrer ursprünglichen Zone ab, die schlussendlich die französische Zone bildeten.

Am 19. März 1945 überquerte die 1. Französische Armee unter der Leitung des Oberkommandierenden General Jean de Lattre de Tassigny die

Grenze (Thies/von Daak, 1979: 17) und traf am 12. April in Baden-Baden ein (Fischer, 2006: 119). Nach Deutschlands Kapitulation am 8. Mai erklärte General de Gaulle die Stadt alsbald zum Sitz des französischen Oberkommandos (ebd.: 120). Neben der langen Geschichte, die Frankreich bereits mit der Kurstadt verbindet, sprach für diese Wahl vor allem die Nähe zu Straßburg, die große Anzahl an Hotels, in denen das Militär untergebracht werden konnte, und die Tatsache, dass die Stadt fast gänzlich unzerstört geblieben war (ebd.: 121).

Nach der Festlegung des Regierungsstandortes wurde rasch eine Verwaltungsstruktur nach französischem Vorbild aufgebaut (Reimer, 2005: 196 f.). Die wichtigste Person in Baden-Baden wurde Émile Laffon, der Chef der zivilen Militärregierung, die in vier Gruppen gegliedert war, deren Rolle jeweils der eines Ministeriums gleichkam und denen weitere kleine Direktionen unterstanden (ebd.: 196 f.). Von besonderem Interesse ist hier die Arbeit der Direktion für öffentliche Bildung (*Direction de l'éducation publique*).

Nach Kriegsende galt die größte Aufmerksamkeit innerhalb der Besatzungszone der Um- bzw. Neuerziehung des deutschen Volkes, also einerseits dem Abbau von nationalsozialistischen Strukturen und Gedankengut und andererseits der Verbreitung von demokratischen Werten. Dabei unterschied sich die französische Herangehensweise stark von derjenigen der anderen Besatzer, nicht zuletzt deshalb, da diese Vorgänge stets von dem Bild der Deutschen geprägt waren, das bereits innerhalb Frankreichs vorherrschte.

Der Diskurs über den Demokratisierungs- und Entnazifizierungsprozess ging Hand in Hand mit dem Begriff der „*déprussianisation*“ (= Entpreußung) (Gouvernement provisoire de la république française, 1945). Um die Herkunft dieses Begriffes zu klären und seine Deckungsgleichheit mit dem Begriff der Demokratisierung verstehen zu können, ist ein kurzer Exkurs in die französische Germanistik nötig.

Die Germanistik als akademische Disziplin hatte sich in Frankreich bereits seit Beginn des 19. Jahrhunderts entwickelt, erfuhr jedoch durch mehrere wegweisende Publikationen um die Jahrhundertwende einen bedeutenden Richtungswechsel. Hatte sie sich vorher primär mit linguistischen, literatur- und geisteswissenschaftlichen Betrachtungen des Nachbarlandes befasst, so wurde jetzt Wert auf eine stärkere Einbeziehung von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Faktoren gelegt (Zauner, 1994: 21), nicht zuletzt deshalb, weil die Demütigungen in Folge des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 in den Kreisen der französischen Germanisten eine kritischere Einstellung gegenüber dem Nachbarland hervorgebracht hatten. Der steigende Einfluss Preußens hatte die Franzosen schon lange beunruhigt und ließ den *Mythos von zweierlei Deutschland* entstehen, wobei das gute Deutschland als „Eden des Geistes, der Literatur, der Philosophie und Religion“ (Leiner, 1991: 154) galt und das durch die „Verpreußung“ (Zauner, 1994: 22) geprägte „böse“ Deutschland eine „realistische, kühl kalkulierende Nation“ und ein „uniformiertes Kollektiv“ (Leiner, 1991: 155) darstellte.

Preußen wird demnach als Sündenbock für die fehlgeschlagene deutsche Entwicklung hingestellt. Während sich Frankreich zwar des im Nachbarland angestoßenen Modernisierungsprozesses bewusst ist und dessen Bedeutung anerkennt, so erachtet es die *Verpreußung* und das Ausbleiben der mit einem solchen Prozess einhergehenden Demokratisierung als den alleinigen Grund für die „enorme Verarmung der geistigen wie politischen Kultur“ (Zauner, 1994: 22) in Deutschland.

Auch über die Fachkreise hinaus ist dieses Deutschlandbild weit verbreitet. Die französischen Germanisten werden heute häufig als „germanistes médiateurs“ (Plum, 2007: 22) bezeichnet, da ihre Schriften über die deutsch-französischen Beziehungen als praktische Anweisungen zur Völkerverständigung dienten und in Zeiten politischer Krisen herangezogen wurden.

Der Nationalsozialismus erschien daher als ein Nebeneffekt der ohnehin schon „kranken Seele“ Deutschlands (Ariel, 1945: 106), so dass es in der Nachkriegszeit galt, den deutschen Geist von Grund auf neu zu erziehen, um jegliche *preußische* Haltungen ein für alle Mal zu unterbinden. Schon in den ersten Überlegungen des interministeriellen Ausschusses für die Besatzungspolitik, dem *Comité interministériel des Affaires allemandes et autrichiennes* (Hudemann, 1987: 19) vom Juli 1945 ist in diesem Sinne zu lesen: „Nous devons chercher aussi bien la destruction de l'édifice prussien que celle de l'édifice hitlérien“² (Gouvernement provisoire de la république française, 1945). So etablierte sich auch in administrativen Kreisen der Begriff der *Entpreußung* als Synonym für die Demokratisierungsbemühungen im besetzten Deutschland.

Was die Demokratisierungs- und Umerziehungspolitik anbelangt, orientierte man sich der Einfachheit halber anfangs stark am amerikanischen Modell der *Re-education* (Linsenmann, 2010: 19). Viele Franzosen hielten diese Herangehensweise jedoch für einen großen Fehler, so wie beispielsweise der Germanist Raymond Schmittlein, der in Baden-Baden als Leiter der *Direction de l'éducation publique* tätig war (Reimer, 2005: 188). In einem Bericht von 1948 beurteilte er dies folgendermaßen:

[D]ie alliierten Regierungen erließen eine Reihe von Maßnahmen, die gleich beim Einmarsch in Deutschland Anwendung finden sollten. Diese Maßnahmen, die sich mit dem Wort ‚Entnazifizierung‘ zusammenfassen ließen, waren einzig und allein destruktiv. (Schmittlein, 1948: 162)

Er beklagte eine „tiefe Unkenntnis des Problems“ und merkte an, „die Entnazifizierung des deutschen Volkes sollte ein in seinem Wesen konstruktives Werk sein“ (ebd.). Auch in französischen Gelehrtenkreisen war man sich seit einiger Zeit einig, dass eine tatsächliche Annäherung zwischen den beiden Völkern nur durch „Takt, Diskretion und die Vermeidung jeden Anscheins von Propaganda“ (Zauner, 1994: 22) möglich sei. Die französische Präsenz

2 „Wir müssen die Zerstörung der preußischen Strukturen ebenso als Ziel sehen wie die der hitlerischen Strukturen.“

musste schließlich fest genug etabliert werden, um im Falle eines Abzugs der Amerikaner (den de Gaulle ebenso wie Churchill fürchtete) eine neue deutsch-französische Konfrontation zu vermeiden (Engels-Perrein, 1997: 36).

Der Schlüssel für diese langfristige Umerziehung und Deeskalation sah Frankreich in der Kultur. Die Kulturpolitik sollte in den frühen Nachkriegsjahren die wichtigste Strategie der französischen Militärregierung werden, um Völkerverständigung und Demokratisierung zu fördern. Obwohl im vorliegenden Beitrag die Bemühungen um einen friedlichen Umerziehungsprozess im Fokus stehen, darf nicht vergessen werden, dass auch die französische Besatzung für die Zivilbevölkerung eine hohe Belastung darstellen konnte. Genau wie in den anderen Besatzungszonen hatten die Deutschen beim Einmarsch unter „rücksichtslose[r] Requisition von Nahrungsmitteln und Wohnraum, umfangreiche[n] Demontagen sowie nicht zuletzt [dem] arroganten Auftreten einiger Offiziere“ (Martens, 1993: 10) zu leiden – ein Bild das bei vielen noch lange nachwirkte. Umso mehr war sich die Regierung bewusst, dass „kulturelle Aktivität [...] für Frankreich werben und zugleich die Härten der Besatzungszeit überspielen“ sollte (Eschenburg, 1983: 97).

Es herrscht bei den Franzosen „die stillschweigende Annahme, eine ‚Demokratisierung des Denkens‘ werde gleichsam automatisch zur politischen Demokratie führen“ (Zauner, 1994: 45). Durch Kultur sollten Werte vermittelt werden, um einen großflächigen gesellschaftlichen und politischen Wandel in Bewegung zu setzen. Denn wie Jacques Deshayes 1948 in seiner Rede zur Demokratisierung der deutschen Jugend sagte: „Man schafft nur wirkungsvoll etwas ab, wenn man dafür sorgt, dass etwas anderes an dessen Stelle tritt“ (Deshayes, 1984).

Da kulturpolitische Initiativen oft nicht von oben, sondern von unten ausgehen, sind weniger die Ausschüsse in Paris, sondern vor allem die Strukturen vor Ort von Bedeutung (Hudemann, 1987: 21). Dies liegt zum einen an der Nähe zum Geschehen und der besseren Voraussetzung, um vorhandene Ressourcen schnell einzuschätzen, und zum anderen daran, dass Paris lange Zeit benötigte, um Konzeptionen umzusetzen (ebd.: 21). So verselbständigte sich der Prozess auf Zonenebene teilweise.

In Baden-Baden selbst verteilte sich die kulturpolitische Arbeit auf zwei Abteilungen (Ruge-Schatz, 1983: 94). An erster Stelle ist hier die *Direction de l'éducation publique* (Abteilung für öffentliche Bildung) unter Leitung von Raymond Schmittlein zu nennen. Schmittleins Vertrautheit mit Deutschland durch einen Studienaufenthalt in Berlin (Zauner, 1994: 20) und seine Berufserfahrung in französischen Kulturinstituten (Sid-Otmane, 1992: 95) machten ihn zum idealen Kandidaten für diese Aufgabe. Die Abteilung wurde wiederum in fünf Ressorts gegliedert: *Dokumentation und Zensur, Kunst, Bildungswesen, Hochschulen, und Jugend und Sport*. Insbesondere in den Bereichen der *Kunst* und der *Dokumentation und Zensur* gab es Überschneidungen mit der zweiten kulturpolitischen Abteilung in Baden-Baden – der *Direction de l'information* (Ruge-Schatz, 1983: 94). Diese wurde ebenfalls 1945 gegründet und war zustän-

dig für das Informationswesen, genau genommen für Presse und Rundfunk (Wrobel, 1992: 58).

Neben den Initiativen der Militärregierung entstanden auch einige Projekte aus privater Initiative – teilweise aber auch in Kooperation mit den Besatzern – die das kulturelle Leben der Nachkriegszeit mitbestimmten. So wurden beispielsweise deutsch-französische Magazine veröffentlicht oder Kulturabende veranstaltet.

Theorie des Kulturtransfers und Voraussetzungen für dessen Erfolg

Der Begriff des Kulturtransfers wurde erstmals 1988 von Michel Espagne und Michael Werner geprägt, die in einem Sammelband die interkulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich aus verschiedenen Blickwinkeln untersuchten. Besonders wichtig ist Espagne an dem Konzept die Abwesenheit von inhärenten „Normvorstellungen sowie von Gebrauchsspuren aus dem Bereich der einzelnen geisteswissenschaftlichen Fächer“ (Espagne / Werner, 1988: 12 f.). Demnach ist der Begriff allgemeingültig und vom Untersuchungsgegenstand unabhängig. Zudem sieht Espagne den interkulturellen Transfer als einen Prozess, der stets in zwei Richtungen funktioniert. Einerseits schreibt er ihm eine Öffnungs- und Vermittlungsrolle zu: Informationen und Kulturgut werden übergeben, um kulturelle Unterschiede auszugleichen. Gleichzeitig bringt der Transfer aber auch eine Verfestigung mit sich: sowohl Akteur als auch Rezipient fühlen ihre eigene – und dadurch auch die fremde – Identität bestärkt (ebd.: 14). Damit ein Transfer gelingt, muss die Öffnung die Verfestigung überragen.

Die Untersuchung des Kulturtransfers zwischen zwei Ländern setzt die Existenz einer „Nationalkultur“ voraus (ebd.: 13). Die Nationalkultur beschreibt eine kollektive Identität, die sich durch einen „kulturellen Zusammenhang jenseits staatlicher Formationen“ (Dieckmann, 2016: 149) definiert, also ein Kollektiv innerhalb einer Nation, mit dem sich Bürger identifizieren und dadurch auch von ihren Nachbarvölkern differenzieren können.

Die Kulturpolitik beruht darauf, sich Artefakte der schönen Künste beziehungsweise kulturelle Medien zu Nutze zu machen, um wiederum darin kodierte Grundsätze der französischen Nationalkultur beziehungsweise deren Vorstellungen von demokratischen Werten zu vermitteln. Die wertungsorientierte Komponente bleibt hierbei größtenteils außen vor, da die kulturellen Manifestationen sowohl Beispiele der Hochkultur als auch der Populärkultur umfassen (Fäßler / Klothmann / Kronenwett, 2012: 70 f.).

Um einen Kulturtransfer angemessen analysieren zu können, ist es laut Espagne wichtig, „auch die Geschichte der jeweiligen Argumentationsreihen kritisch aufzuarbeiten, mit denen die Akteure des Transfers ihr Verhalten begründet und legitimiert haben.“ (Espagne / Werner, 1988: 20) Der Akteur ist in diesem Fall Frankreich und dessen Legitimation beruht auf zwei Pfeilern.

Erstens besteht, wie erwähnt, ein internationaler Konsens bezüglich der deutschen Umerziehung. Alle Siegermächte sind sich einig, dass der Nationalsozialismus aus der „Seele des deutschen Volkes“ getilgt werden muss. Zudem besteht bei den westlichen Alliierten die Übereinkunft, dass demokratische Werte an dessen Stelle sollen. Der Versuch eines Kulturtransfers zum Zweck einer grundsätzlichen Veränderung der deutschen Mentalität gliedert sich also in den allgemeinen sicherheits- und besatzungspolitischen Kontext ein, und kann deshalb auf dieser Ebene nicht in seiner Legitimität hinterfragt werden.

Der zweite Pfeiler der Legitimationsargumentation bezieht sich speziell auf Frankreich als Nation. Das nationale Selbstverständnis der *civilisation française* stellte eine historische Singularität dar, weil es eine Identifikationsgrundlage über alle Klassengrenzen hinweg bildet (Ruge-Schatz, 1983: 91 f.) und besonders stark ausgeprägt ist. Es herrscht ein allgemeiner „Missionierungsdrang, der sich bei manchem mit dem Bewusstsein französischer Superiorität verband“ (Zauner, 1994: 47). Frankreich sieht sich also nicht nur dadurch bestärkt, dass es den internationalen Richtlinien für die Deutschlandpolitik folgt, sondern hält zudem seine Stellung als zivilisierte Nation für besonders wertvoll und der Weiterverbreitung für würdig.

Wie aber gestaltet sich nun ein erfolgreicher Kulturtransfer? An erster Stelle sollte beachtet werden, dass alle erzieherischen Maßnahmen nur dann stattfinden können, wenn es den Bürgern auf rein materieller Ebene möglich ist, daran teilzunehmen. Dies mag trivial erscheinen, aber ohne diese Grundlage kann ein Transfer gar nicht erst beginnen, geschweige denn erfolgreich sein oder scheitern. Auf die Besatzung bezogen bedeutet dies zum Beispiel, dass Französischunterricht an den Schulen zum Pflichtfach wurde (Cuer, 1987: 58), da die Umerziehung der jüngeren Generationen nur möglich war, wenn sie das Lehrmaterial verstand.

Eine der wichtigsten Richtlinien der Umerziehung war, wie erwähnt, die „Vermeidung jeden Anscheins von Propaganda“ (Zauner, 1994: 22). Die Deutschen sollten sich unter keinen Umständen durch französische Maßnahmen zu etwas gezwungen fühlen, da sonst das Risiko zu hoch war, dass jegliche Bemühung der Verständigung und Erziehung aus Prinzip abgelehnt würde. Während die inhaltlichen Werte, die zu Zwecken der Umerziehung vermittelt werden sollten, zwar erhalten bleiben sollte, durfte hingegen das vermittelnde Medium nicht wie eine Belehrung oder eine unpersönliche politische Direktive wirken. Es muss zeigen, dass die Besatzer die Deutschen verstehen, im Umgang mit ihnen sensibilisiert sind und die Umerziehungsmaßnahmen dynamisch den Bedürfnissen der Zielkultur anpassen, damit sich diese schließlich fest etablieren und verselbständigen können.

Ein weiterer Faktor, der zu einem erfolgreichen Kulturtransfer führen kann, ist es, die freiwillige Teilnahme der Mitglieder des Zielkollektivs an den kulturpolitischen Manifestationen durch Gratifikationen zu fördern. Bereits die nicht-propagandistische Natur einer Organisation hilft dabei, Misstrauen zu vermeiden, darüber hinaus werden Personen dazu motiviert, die kultu-

rellen Angebote tatsächlich zu nutzen, wenn sich dadurch ein Vorteil für sie ergibt.

Daraus ergeben sich drei Kriterien, die helfen können einzuschätzen, ob die in Baden-Baden realisierten Projekte zum Zwecke der Umerziehung des deutschen Volkes erfolgreich waren oder nicht:

1. Die rein materielle Möglichkeit, an dem kulturellen Angebot teilzunehmen.
2. Die Präsentation des kulturellen Angebots auf eine Art und Weise, die nicht den Anschein von Propaganda oder Zwangsmaßnahmen erweckt.
3. Das Einhergehen eines persönlichen Vorteils oder einer Belohnung mit der willentlichen Teilnahme an dem kulturellen Angebot.

Beispiel 1: Der Ring jugendlicher Theaterfreunde

Das Theater Baden-Baden war die erste nach Kriegsende wieder eröffnete kulturelle Institution in der Besatzungshauptstadt. Es wurde nicht offiziell von den Franzosen beschlagnahmt und konnte bereits ab September 1945 auf Eigeninitiative der Bürger wieder Vorführungen anbieten (Mayer-Katz, 1986: 90). Da die Franzosen das Potenzial des Theaters für ihre Kulturpolitik erkannten, setzten sie 1946 Paul van der Hurk als Intendanten ein, der zukünftig jedes Stück im Programm von der *Direction des relations culturelles* sowie der *Association française d'action artistique* genehmigen lassen musste (Hüser, 1996: 150).

1946 erklärte der Theaterintendant in einem Brief an die Direktion der Richard-Wagner-Schule, der damaligen Oberschule für Mädchen in Baden-Baden, dass es der Verwaltung wichtig sei, „neben der Schaffung eines festen Besucherstammes von Erwachsenen vor allem [die] Jugend dem Theater zu[zuf]ühren“ (Hurk, 1946). Dies spiegelt den allgemeinen Fokus der französischen Regierung auf Jugendbildung und das Heranziehen einer neuen demokratischen Generation wider. Das Theater plante regelmäßige Vorführungen von „Schüler-Vorstellungen [...], in deren Rahmen die für Schüler besonders geeigneten Stücke des Spielplans der Vorspielzeit gezeigt werden sollen.“ (Unbekannt, 1946) Über die Auswahl der Stücke wurden die Schulen in wöchentlichen Abschnitten informiert (Hurk, 1946). Das Attribut *besonders geeignet* beschreibt Stücke, deren Inhalt von der Regierung als lehrreich und demokratiefördernd eingeschätzt wurde. Um den Erfolg dieser Schüler-Vorstellungen zu garantieren, gründete das Theater einen „Ring jugendlicher Theaterfreunde“. Die Mitglieder dieses Rings erhielten zum Preis von einer Reichsmark einen Ausweis, der ihnen an der Theaterkasse eine Ermäßigung von 50 Prozent auf den ursprünglichen Eintrittspreis versprach (ebd.). Bei Standardkarten waren dies 50 Pfennig. In der Nachkriegszeit waren die finanziellen Mittel der meisten Familien sehr knapp bemessen. Die Reduzierung des Eintrittspreises ermöglichte es den Eltern, ihren Kindern einen Besuch im Theater zu finanzieren. Dennoch dürfte der Eintrittspreis für viele Perso-

nen immer noch zu hoch gewesen sein, hinzu kommt, dass sich das Angebot ausschließlich an Schüler:innen richtete, sodass Jugendliche, die keine Schule besuchten, davon ausgeschlossen waren.

An anderer Stelle erwähnte der Intendant, dass er aus Erfahrung sagen könne, „dass das Interesse der jugendlichen Besucher [...] stärker ist, wenn der Besuch einer bestimmten Vorstellung dem Wunsch und Geschmack des Einzelnen überlassen bleibt“ (Hurk, 1946). Diese Einschätzung entspricht dem zweiten Kriterium für einen erfolgreichen Kulturtransfer: der Vermeidung des Anscheins von Zwangsmaßnahmen. Natürlich traf die Kulturdirektion weiterhin eine Vorauswahl der Stücke, bei denen der Rabatt gültig war, jedoch blieb es schlussendlich den Schüler:innen selbst überlassen, welche Stücke sie sehen wollten.

Bezüglich der Frage, ob sich für die Schüler durch den Besuch der Vorführungen ein persönlicher Nutzen ergab, lässt sich mit Mayer-Katz festhalten, dass der „Hunger nach kulturellen Veranstaltungen [...] in jener Zeit übermächtig“ war (Mayer-Katz, 1986: 97). Eine Gratifikation ergab sich allein zudem schon dadurch, dass kulturelle Veranstaltungen von den Härten des Alltags ablenkten. Davon abgesehen brachte ein Theaterbesuch allerdings noch einen weiteren Nutzen mit sich, denn eine Eintrittskarte galt gleichzeitig als Befreiungsnachweis für die von den Franzosen eingerichteten Sperrstundenaufgaben (ebd.: 91). So erhielt man die Erlaubnis, bis 23 Uhr außer Haus zu bleiben. Dies war eine Freiheit, die viele gerne genossen.

Alles in Allem war der „Ring jugendlicher Theaterfreunde“ ein sehr erfolgreiches Projekt der französischen Kulturpolitik. Dies spiegelt sich auch in dessen Mitgliederzahlen wider: Allein an die Richard-Wagner-Schule wurden 44 Mitgliedsausweise ausgestellt, insgesamt zählte der Ring über 500 Mitglieder (van der Hurk, 1946).

Beispiel 2: Studienkreis für künstlerisches und technisches Planen und Schaffen

Der „Studienkreis für künstlerisches und technisches Planen und Schaffen“ (Baser, 1949) wurde wenige Monate nach Beendigung des Krieges auf Initiative von General Koenig geschaffen. Als Standort wird die Villa Krupp gewählt, die aufgrund ihrer Größe die idealen Räumlichkeiten für die geplanten Projekte bot, und es wurden alsbald mehrere Ateliers – beispielsweise für Keramik, Bronzegießerei, Bildhauerei, Buchbinderei und Zeichenkunst – eingerichtet (ebd.). Das Ziel des Studienkreises war es, deutsche Handwerker und Architekten zu ermutigen, sich aktiv am Wiederaufbau zu beteiligen, sei es auf großer städtebaulicher Ebene oder im kleineren Rahmen, wie bei der Restauration von Büchern und Kunstwerken. Sehr positiv angenommen wurde beispielsweise eine Aktion zur Rettung der deutschen Kunstdenkmäler. Zudem sollte so sichergestellt werden, dass der Wiederaufbau nach einheitlichen (französischen) Gesichtspunkten ablief (ebd.).

Diese Institution erfüllt das erste Kriterium, die freie Zugänglichkeit, denn die Teilnahme am Studienkreis war für alle Künstler und Handwerker uneingeschränkt möglich, da man dringend helfende Hände suchte und daher nicht zu wählerisch bei den Mitgliedern war. Wie erwähnt bot die Villa Krupp zudem Platz für eine große Zahl an Menschen und war durch ihre zentrale Lage gut zu erreichen.

Die Darstellung des Studienkreises nach außen durchlief während der ersten Jahre einen Wandel, wie schon das *Badische Tagblatt* (1948) beobachtete: „War dieses Institut zuerst wohl als eine Art kulturelle Propaganda gedacht, so erfolgte bereits nach kurzer Zeit ein beachtlicher Umschwung.“ Dies zeigt, dass am Anfang durchaus eine gewisse Skepsis gegenüber der Institution herrschte und die Bürger weniger gewillt waren, das Angebot wahrzunehmen. Doch bald griffen „deutsche Künstler und Architekten [...] aktiv und freiwillig die Arbeit des Studienkreises auf.“ (Unbekannt, 1948) Auch das zweite Untersuchungskriterium ist hiermit erfüllt, die Institution wurde von den Deutschen angenommen.

Die Militärregierung investierte große Summen in den Aufbau der Ateliers, und die Villa Krupp bot Möglichkeiten für die Ausübung eines Handwerkes, die sonst womöglich nicht gegeben gewesen wären. Es scheint, dass die Franzosen großes Interesse daran hatten, den Deutschen Möglichkeiten zu bieten, sich künstlerisch zu entfalten – nicht zuletzt, um handwerkliches Potenzial zu nutzen. Zudem sollte auch erwähnt werden, dass der Studienkreis regelmäßig die Oberbürgermeister der französischen Zone empfing, um „Anregungen und praktische[n] Fragen des Wiederaufbaus der Gemeinden“ (Jung, 1948) zu erörtern. Auch das diente sicherlich als Anreiz, da es zumindest eine kleine Möglichkeit der Mitbestimmung bot, und die Bürger näher an die Entscheidungsebene brachte.

Beispiel 3: Südwestfunk

Nach Kriegsende sprach Frankreich ein Verbot für alle deutschen Rundfunkaktivitäten aus (Wenger, 1987: 208), weil die Besatzer sich das Medium zu ihren eigenen Zwecken zunutze machen wollten. Da innerhalb der französischen Besatzungszone keine funktionierenden Sendestationen existierten, stellte die *Section Radio* der *Direction de l'information* ab Oktober 1945 erste Pläne für eine zentrale Rundfunkanstalt in Baden-Baden auf (ebd.: 211).

Der Rundfunk war zu jener Zeit das einzige Massenkommunikationsmittel, das die deutsche Bevölkerung informieren und beeinflussen konnte, da die meisten Verkehrs- und Kommunikationswege zerstört und Zeitungen aufgrund von Papier- und Personalmangel anfangs sehr limitiert waren (ebd.: 208). Zu dieser außergewöhnlichen Situation kam hinzu, dass die Franzosen während des Krieges die große Wirksamkeit des Radios als politisches Steuerelement sowohl im Guten als auch im Schlechten erlebt hatten. Einerseits verbreitete sich dadurch nationalsozialistische Propaganda – in Deutschland

sowie auch in Frankreich durch den Sender *Radio Paris* der deutschen Besatzer – andererseits „hatte *Radio Londres* einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur nationalen Selbstbehauptung und zur Koordinierung des Abwehrkampfes in Frankreich geleistet“ (ebd.: 207). Daher besaßen die Besatzer großes Vertrauen in die Wirksamkeit dieses Organs und sahen im Rundfunk „l’un des instruments de propagande, de pénétration culturelle et d’orientation politique les plus puissants dont dispose la France en Allemagne“³ (Engels-Perrein, 1997: 43).

Nach einer intensiven Planungsphase nahm der neu gegründete *Südwestfunk* (*SWF*) am 31. März 1946 mit 173 Mitarbeitern den regulären Sendebetrieb auf (Wenger, 1987: 211). Von Anfang an beschäftigte der Sender sowohl deutsches als auch französisches Personal und übergab die künstlerische Leitung an den deutschen Schriftsteller Friedrich Bischoff, der den *SWF* bis 1965 als Intendant leitete (ebd.: 213). Dies geschah natürlich unter strikter Aufsicht der französischen Rundfunkoffiziere, denn trotz steigendem Vertrauen zwischen den Bürgern und den Behörden vor Ort mussten alle Programme weiterhin mit der Pariser Zentrale abgesprochen werden (ebd.: 211). Neben Informationsprogrammen sendete der *SWF* größtenteils Kultursendungen und vor allem Musikbeiträge (Engels-Perrein, 1997: 43). Wie in den anderen Ressorts der Kulturpolitik erhoffte man sich auch hier eine Verbreitung der *civilisation française* durch Hörspiele, Musik, Dichtung und Literatur, mehr noch als die simple Weitergabe von Informationen und aktuellen Geschehnissen (Wrobel, 1992: 63). Was die Zensur betraf, so gab es keine allgemeingültigen Richtlinien. Grundsätzlich hielt man sich aber an folgende Regeln: Es durften keine Kritik an der Besatzungsmacht geäußert, keine Vergleiche zwischen Alliierten gezogen, keine nationalsozialistischen Terminologien und keine Worte wie Krieg, Hass oder Feind verwendet werden (ebd.: 60).

Problematisch war allerdings in diesem Zusammenhang, dass gleich zu Beginn der Besatzung die Militärregierung sämtliche Radios der Baden-Badener Bevölkerung beschlagnahmt wurden (Mayer-Katz, 1986: 85). Demnach hatten 1946, als der Sendebetrieb startete, nur wenige Bürger Zugang zum Angebot. Im September 1946 erfolgten nur 30 Prozent des Informationsbezuges in der französischen Zone über den Rundfunk, im April 1947 dann schon 57 Prozent (Wrobel, 1992: 63). Man sieht also, dass selbst nach der anfänglichen Hinderung durch die Beschlagnahmungen das Interesse der Bürger am Radio groß genug ist, um diese Zugangsprobleme zu bewältigen.

Für die Franzosen war es besonders wichtig, den Rundfunk in ein gutes Licht zu rücken, da die deutsche Bevölkerung von Jahren der Instrumentalisierung des Rundfunks im Dienste der Nationalsozialisten geprägt war. Hierbei half vor allem die von Anfang an enge Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Franzosen. Dadurch, dass viele Stellen in der Rundfunkanstalt durch Deutsche besetzt waren, und dies nicht nur in den unteren Ebenen, sondern auch in Führungspositionen, wurde das Vertrauen gegenüber

3 „Eines der mächtigsten Werkzeuge der Propaganda, der kulturellen Durchdringung und der politischen Weisung, über das Frankreich in Deutschland verfügt.“

dem *SWF* enorm gesteigert. Auch die wenig strikten Regelungen zur Zensur halfen dabei und konnten die Attraktivität des Programms teilweise sogar noch erhöhen: Indem man es vermied, den Krieg zu thematisieren, bot das Radio eine Art Zufluchtsort, der von den Sorgen des Alltags ablenken konnte. Nicht zuletzt bedeutete die Errichtung einer Rundfunkzentrale auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze und eine langfristige Stärkung der Infrastruktur für Baden-Baden. So erfuhr diese Maßnahme der Kulturpolitik sehr positive Resonanz bei der Bevölkerung und erfüllte zudem alle drei Kategorien des erfolgreichen Kulturtransfers.

Resümee

Bei allen drei Beispielen ließ sich feststellen, dass die Kriterien weitestgehend erfüllt waren. Somit konnte davon ausgegangen werden, dass die französischen Besatzer mit ihren Maßnahmen zur Umerziehung des deutschen Volkes erfolgreich waren. Ganz besonders das zweite Kriterium der Vermeidung von propagandistischem Auftreten war in allen drei Fällen erfüllt. Dies deutet darauf hin, dass die Besatzungsmacht in hohem Maße für den Umgang mit den Deutschen sensibilisiert war.

Die Befunde über die Wirksamkeit der kulturpolitischen Initiativen befinden sich im Einklang mit der allgemeinen öffentlichen Meinung. All das, was unter dem Begriff *Kulturpolitik* zusammengefasst werden kann, findet bis heute große Zustimmung, da dadurch Aufklärung und Unterhaltung gleichermaßen abgedeckt werden (Ruge-Schatz, 1984:121).

Letztlich bleibt zu sagen, dass die kulturellen Einflüsse Frankreichs, ganz unabhängig von ihrer Wirksamkeit als politisches Werkzeug, die Stadt Baden-Baden bis in die Gegenwart geprägt haben. Noch heute beherbergt das ehemalige französische Kasernenviertel in der Cité viele kulturelle Einrichtungen, und Straßen, benannt nach französischen Persönlichkeiten und Orten, erinnern an die lange Tradition der Freundschaft zwischen Baden-Baden und Frankreich.

Literaturverzeichnis

Belege mit Kürzel StABAD stammen aus den Stadtarchiven der Stadt Baden-Baden.

- Anonym (1946): Brief eines Dramaturgen an Herrn Prof. Wagner, 17.05.1946, aus: StABAD A 0032–142.
- Anonym (1948): Badisches Tagblatt vom 11. Oktober 1948, s.p., aus: ZGS des StABAD.
- Ariel (1945): *Rééduquer les Allemands*, Paris: Editions Médicis.
- Baser, Friedrich (1949): Badisches Tagblatt vom 24. März 1949, s.p., aus: ZGS des StABAD.
- Cuer, Georges (1987): „Der Französischunterricht und die französische Sprachenpolitik in Deutschland nach 1945“, in: Knipping, Franz / Le Rider, Jacques (Hrsg.): *Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland – 1945–1950*, Tübingen: Attempto, S. 57–83.
- Deshayes, Jaques (1984): „Zur demokratischen Erneuerung der deutschen Jugendbewegung“, in: Vaillant, Jérôme (Hrsg.): *Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949 – Berichte und Dokumente*, Konstanz: Universitätsverlag, S. 187–196.
- Dieckmann, Friedrich (2016): „Kulturnation und Nationalkultur – von alten und neuen Herausforderungen“, in: Sievers, Norbert / Föhl, Patrick S. / Knoblich, Tobias J. (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2015/16*, Bielefeld: transcript, S. 149–160.
- Engels-Perrein, Hélène (1997): *La Présence militaire en Allemagne de 1945 à 1993*, Mosella – Revue du Centre d'Études Géographiques de l'Université de Metz – Tome XXII, Metz: Presses universitaires.
- Eschenburg, Theodor (1983): *Jahre der Besatzung 1945–1949*, Stuttgart: DVA.
- Espagne, Michel / Werner, Michael, et.al. (1988): *Transferts – Les relations interculturelles dans l'espace franco-allemand (XVIII^e et XIX^e siècle)*, Paris: Edition Recherche sur les Civilisations.
- Fäßler, Christian / Klothmann, Christine / Kronenwett, Heike (2006): „Theater nach 1945“, in: Kronenwett, Heike (Hrsg.): *Baden im Applaus*, Baden-Baden: Rendezvous, S. 69–80.
- Fischer, Klaus (2006): *Die lächelnde Stadt: Franzosen in Baden-Baden 1800–1999*, Baden-Baden: Rendezvous.
- Die Jalta Dokumente* (1957), Lizenzausgabe, Göttingen: Göttinger Verlagsanstalt.
- Gouvernement provisoire de la république française (1945): „Directives pour notre action en Allemagne. 20 juillet 1945“, in: *Themenportal Europäische Geschichte* (2006) / <https://www.europa.clio-online.de/quelle/id/q63-28283?title=directives-pour-notre-action-en-alle-magne-20-juillet-1945>.
- Hudemann, Rainer (1987): „Kulturpolitik im Spannungsfeld der Deutschlandpolitik“, in: Knipping, Franz / Le Rider, Jacques (Hrsg.): *Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland – 1945–1950*, Tübingen: Attempto, S. 15–30.
- Hüser, Dietmar (1996): *Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“: Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten 1944–1950*, Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Band 77, Berlin: Duncker & Humblot.
- Van der Hurk, Paul (1946): Brief des Intendanten an Herrn Prof. Wagner, Direktor der Richard-Wagner-Schule, 16.09.1946, aus: StABAD A 0032–142.
- Van der Hurk, Paul (1946): Brief des Intendanten an Herrn Prof. Wagner, 02.10.1946, aus: StABAD A 0032–142.
- Jung, Oskar (1948): Heimatteil des Badischen Tagblatts vom 06. September 1948, aus: ZGS des StABAD.
- Leiner, Wolfgang (1991): *Das Deutschlandbild in der französischen Literatur*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

- Linsenmann, Andreas (2010): „Musik als politischer Faktor: Konzepte, Intentionen und Praxis französischer Umerziehungs- und Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949/50“, in: Asholt, Wolfgang / Bock, Hans Manfred (Hrsg.): *Edition Lendemains, Band 19*, Tübingen: Narr.
- Martens, Stefan (1993): „Zwischen Demokratisierung und Ausbeutung“, in: Martens, Stefan (Hrsg.): *Vom „Erbfeind“ zum „Erneuerer“ – Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem zweiten Weltkrieg*, Sigmaringen: Jan Thorbecke.
- Mayer-Katz, Leonore (1986): *Sie haben zwei Minuten Zeit: Nachkriegsimpulse aus Baden*, Freiburg: Herder.
- Die Krim(Jalta)Konferenz* (1986), Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hrsg.), Köln: Pahl-Rugenstein.
- Plum, Jacqueline (2007): *Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1955*, Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Reimer, Achim (2005): *Stadt zwischen zwei Demokratien*, München: Verlagsbuchhandlung.
- Ruge-Schatz, Angelika (1983): „Grundprobleme der Kulturpolitik in der französischen Besatzungszone“, in: Scharf, Claus / Schröder, Hans-Jürgen (Hrsg.): *Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949*, Wiesbaden: Franz Steiner.
- Ruge-Schatz, Angelika (1984): „Besatzungsmacht – Kirche – Schulpolitik: Anmerkungen zu einem Briefwechsel“, in: Vaillant, Jérôme (Hrsg.): *Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949 – Berichte und Dokumente*, Konstanz: Universitätsverlag Konstanz, S. 121–130.
- Schmittlein, Raymond (1948): „Die Umerziehung des deutschen Volkes“, Bericht vom 27.1.1948, Nr. 10 711, DGAA, EDU, in: Vaillant, Jérôme (Hrsg., 1984): *Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949 – Berichte und Dokumente*, Konstanz: Universitätsverlag Konstanz, S.161–186.
- Sid-Otmane, Rania (1992): „Das französische Kulturinstitut in Freiburg während der Besatzungszeit (1946–1949)“, in: Jurt, Joseph (Hrsg.): *Die „Franzosenzeit“ im Lande Baden von 1945 bis heute*, Freiburg: Rombach, S. 95–106.
- Thies, Jochen / von Daak, Kurt (1979): *Südwestdeutschland Stunde Null: Die Geschichte der französischen Besatzungszone 1945–1948*, Düsseldorf: Droste.
- Vermeil, Edmond (1947): „Les alliés et la rééducation des Allemands“, in: *Politique étrangère n°6*, Paris: Centre d’Études de Politique Étrangère, S. 599–622.
- Wenger, Klaus (1987): „Rundfunkpolitik in der französischen Besatzungszone – Die Anfänge des Südwestfunks“, in: Knipping, Franz / Le Rider, Jacques (Hrsg.): *Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland – 1945–1950*, Tübingen: Attempto, S. 207–220.
- Wentker, Hermann (2015): *Das „freie Frankreich“ wird zur Siegermacht* / <https://www.nzz.ch/international/das-freie-frankreich-wird-zur-siegermacht-1.18565908>.
- Wrobel, Christian (1992): „Zur Informationspolitik in der französischen Besatzungszone. Die Medien im Land Baden 1945–1951“, in: Jurt, Joseph (Hrsg.): *Die „Franzosenzeit“ im Lande Baden von 1945 bis heute*, Freiburg: Rombach, S. 57–64.
- Zauner, Stefan (1994): *Erziehung und Kulturmission – Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949*, München: R. Oldenbourg.